Kein Frieden ohne Feminismus – für eine feministische Außenpolitik



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Agnieszka Brugger (Ravensburg KV)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- Eine friedliche und gerechte Welt gibt es nur, wenn alle Menschen frei von Diskriminierung
- und gleichberechtigt leben und sich aktiv an der Gesellschaft beteiligen können, egal
- welches Geschlecht, welche sexuelle Orientierung, welche Hautfarbe oder welche Herkunft sie
- 4 haben. Eine feministische Außenpolitik bedeutet, Gewalt und Diskriminierung zu überwinden,
- 5 Geschlechtergerechtigkeit weltweit zu verwirklichen und Menschenrechte für alle Menschen
- 6 universell zu garantieren. Frauen und marginalisierte Gruppen brauchen einen gerechten
- Zugang zu Ressourcen und müssen ebenso gleichberechtigt am Tisch der Entscheider*innen
- 8 repräsentiert sein.
- 9 Im Jahr 2000 beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1325 zu
- "Frauen, Frieden, Sicherheit"; in den nächsten Jahren folgten weitere Resolutionen. Die
- Geschlechtergerechtigkeit ist zudem als eigenes Ziel sowie als Querschnittsthema in der UN-
- Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verankert. Wir wollen, dass diese Resolutionen und
- 13 die Agenda 2030 kohärent umgesetzt werden und wollen die Rechte von Frauen, LGBTIQ* und
- 14 marginalisierten Gruppen weltweit stärken.
- 15 Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind unter anderem aus der Friedens-, der Eine-Welt- und der
- 16 Frauenbewegung hervorgegangen. Für uns war schon immer klar: Ohne Feminismus und
- Geschlechtergerechtigkeit kann es keinen echten Frieden, keinen wirklichen sozialen
- 18 Zusammenhalt und keine nachhaltige wirtschaftliche Transformation geben.
- 19 Diskriminierende Geschlechterverhältnisse in patriarchalen Gesellschaften führen weltweit
- dazu, dass Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen strukturell benachteiligt werden.
- Zudem sind Frauen und Mädchen besonders von Gewalt, Armut, kriegerischen
- 22 Auseinandersetzungen und von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen.
- 23 Es ist unser Ziel, diese Ungerechtigkeit zu beenden und ungleiche Machtverhältnisse zwischen
- 24 den Geschlechtern, in und zwischen allen Regionen der Welt, abzubauen. Eine umfassende
- 25 feministische Außenpolitik will die Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen stärken,
- ihren Zugang zu Ressourcen und ihre Repräsentation verbessern. So können patriarchale und
- 27 diskriminierende Strukturen überwunden werden. Das ist nicht nur eine grundlegende Frage der
- Gerechtigkeit, sondern fester Bestandteil der universellen Menschenrechte.
- Menschen werden nicht nur aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert, sondern auch auf Grund
- von Herkunft, Alter, Hautfarbe, sozialem Status, Religionszugehörigkeit, sexueller
- Orientierung oder Behinderung. Diese Merkmale können sich überschneiden und gegenseitig
- 32 verstärken. Unsere feministische Außenpolitik ist daher intersektional und nimmt diese
- Mehrfachdiskriminierung in den Blick. Sie hinterfragt historisch gewachsene und
- wiederkehrende patriarchale, rassistische und anderweitig diskriminierende Strukturen.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zu einer intersektionalen feministischen Außenpolitik
- und wollen sie als eines der Grundprinzipien deutscher und europäischer Außenpolitik
- 37 verankern.

8 Feministische Außenpolitik als Grundprinzip deutscher Außenpolitik

- Wir stehen für Frieden, Menschenrechte, den Schutz der Lebensgrundlagen und eine
- 40 geschlechtergerechte, sozial-ökologische Transformation. Deshalb muss
- 41 Geschlechtergerechtigkeit auch ein Leitmotiv deutscher und europäischer Außen-, Sicherheits-
- und Entwicklungspolitik werden. Wir wollen globale Probleme gemeinschaftlich lösen zivil,
- multilateral, nachhaltig und gerecht. Wir wollen sicherstellen, dass jede Art von
- 44 diplomatischen Verhandlungen, die Planung und Durchführung von Projekten, wie auch das
- 45 Engagement in multilateralen und supranationalen Organisationen darauf ausgerichtet ist,
- 46 Geschlechtergerechtigkeit zu fördern und entsprechende finanzielle Mittel zur Umsetzung
- bereitgestellt werden. Deshalb streben wir in den kommenden Jahren an, dass mindestens 25
- 48 Prozent der Mittel für humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und zivile
- 49 Krisenprävention für Vorhaben mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit verwendet werden.
- 50 Wir setzen uns außerdem mit Nachdruck dafür ein, dass die Agenda "Frauen, Frieden und
- 51 Sicherheit" durch den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen ausreichend finanziert wird.
- Dazu gehört auch mehr Geld für feministische Außenpolitik im Bundeshaushalt.
- Eine umfassende feministische Außenpolitik öffnet neue Blickwinkel auf bisher ungenutzte
- Potentiale. Sie hinterfragt bestehende Machtverhältnisse und zeigt Wege auf, um sie
- abzubauen. Sie hat zum Ziel, die Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen weltweit zu
- 56 fördern, ihnen gerechten Zugang zu sozialen, ökonomischen und politischen Ressourcen zu
- garantieren und gleichberechtigte Teilhabe auf allen Verhandlungs- und Umsetzungsebenen
- 58 sicherzustellen.
- 59 Sie nimmt in den Blick, wie Gewalt gegenüber Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen
- 60 ebenso wie die dahinter stehenden Strukturen überwunden werden können. Wir wollen unsere
- 61 feministische Außenpolitik als Querschnittsaufgabe im Ministerium für wirtschaftliche
- Zusammenarbeit und Entwicklung, im Auswärtigen Amt, im Verteidigungsministerium und in allen
- 63 anderen beteiligten Ministerien grundlegend verankern. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN stehen
- 64 unverhandelbar für eine feministische Außenpolitik.

Rechte von Frauen und Mädchen in und nach gewaltsamen Konflikten stärken

- 66 Eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik nimmt nicht nur die Sicherheit von Staaten
- in den Blick, sondern richtet vielmehr ihre Perspektive auf die menschliche Sicherheit. Ein
- 68 umfassender gesellschaftlicher Frieden umfasst daher mehr als die reine Abwesenheit von
- 69 Gewalt und zwischenstaatlicher Konflikte. Wir rücken damit die Rechte und Bedürfnisse von
- 70 Menschen statt Staaten in den Mittelpunkt. Menschenrechtsverletzungen wie sexualisierte und
- geschlechtsspezifische Gewalt sind keine Einzelfälle in gewaltsamen Auseinandersetzungen,
- 72 sondern werden systematisch zur Verbreitung von Angst und mit dem Ziel eingesetzt, Menschen
- 73 zu unterwerfen.
- 74 Dass davon insbesondere Frauen und Mädchen betroffen sind, ergibt sich aus den patriarchalen
- und gesellschaftlichen Strukturen. Ziel unserer feministischen Außenpolitik ist, dass alle

- Menschen gleich und frei von Not und Furcht leben können, gerechte Entwicklungschancen sowie
- Gestaltungsmöglichkeiten in den Gesellschaften bestehen und Menschenrechte konsequent geachtet, geschützt und gewährleistet werden.
- 79 Wir stellen uns entschieden gegen geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt in
- 80 bewaffneten Konflikten. Darum setzen wir uns dafür ein, dass auch in militärischen Kontexten
- systematisch aufgearbeitet wird, wie diese Gewaltformen entstehen und wie man ihnen
- entgegenwirken kann. Wir stehen außerdem für die lückenlose Aufklärung und harte Bestrafung
- 83 von sexualisierter Ausbeutung und Gewalt durch Militär, Mitglieder von Friedensmissionen der
- 84 Vereinten Nationen sowie Organisationen der humanitären Hilfe und
- 85 Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen, dass keine Rüstungsexporte an Diktatoren oder in
- 86 Krisen- und Konfliktgebiete genehmigt werden.
- 87 Wir setzen uns für die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen, Mädchen und LGBTIQ*
- 88 weltweit ein und wollen dazu beitragen, dass der weltweite Zugang zu sexueller und
- 89 reproduktiver Gesundheit gewährleistet wird, auch und gerade, wenn andere Staaten ihre
- 90 Finanzhilfen in diesem Bereich streichen.
- 91 Wegfallende Gelder im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit in der
- 92 Entwicklungszusammenarbeit, wie etwa durch Streichungen der US-Regierung, wollen wir mit
- deutschen und europäischen Finanzmitteln kompensieren.
- Zu einer glaubwürdigen Außen- und Entwicklungspolitik gehört auch eine konsequente Politik
- 95 für das Selbstbestimmungsrecht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit hier bei uns. Wir
- 96 setzen uns folglich dafür ein, dass in Deutschland und international die UN-
- 97 Frauenrechtskonvention eingehalten wird. Sie gilt als das wichtigste
- 98 Menschenrechtsinstrument für Frauen. Laut Frauenrechtskonvention ist der Zugang zu
- Verhütungsmitteln und zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ein Menschenrecht, hinter dieser
- 100 Forderung bleibt auch Deutschland zurück.
- 101 Deutschland schneidet im internationalen Vergleich schlecht ab, wenn es um Geld für Bildung
- 102 und Gesundheit von Mädchen und Frauen in Krisen und Konflikten geht. Wir wollen mit einer
- 103 internationalen Bildungsoffensive finanzielle und strukturelle Hilfe für Mädchen und Frauen
- sicherstellen und erhöhen. Denn Bildung und Gesundheit sind Menschenrechte, die in
- 105 Konflikten oft als erstes Mädchen verwehrt werden und sie daran hindern, ein
- 106 selbstbestimmtes Leben zu führen.
- 107 In Nachkriegsgesellschaften steigen die Fälle von häuslicher Gewalt meistens an, was auch
- 108 dazu führt, dass sich Gewalt und Traumata in der nächsten Generation festsetzen. Es ist
- 109 zentral, dass es in Nachkriegsgesellschaften Schutz vor Gewalt gibt. Bedeutend ist auch, wie
- 110 eine Gesellschaft vor einem Konflikt strukturiert ist. Darum muss entschieden gegen
- 111 genderspezifische und sexualisierte Diskriminierung und Gewalt nicht nur in bewaffneten
- 112 Konflikten vorgegangen werden. Alle Bereiche unserer Entwicklungszusammenarbeit müssen
- daraufhin ausgerichtet werden, dass sie dazu beitragen, dass die Geschlechter
- 114 gleichberechtigt leben können.
- 115 Zur Aufarbeitung von Traumata und zur Prävention weiterer Gewalt sollen deutlich mehr
- 116 Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit, auch mit der Zivilgesellschaft in

- Postkonfliktkontexten aufgelegt werden, die psychosoziale Beratung und Traumabearbeitung umfassen. Außerdem wollen wir mehr in geschlechtergerechte Frühwarnung sowie die Prävention
- 119 von Krisen und Entwicklung investieren.

120 Repräsentation von Frauen und marginalisierten Gruppen stärken

- Frauen machen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung aus und sind trotzdem in der internationalen Politik völlig unterrepräsentiert. Das muss sich grundlegend ändern. Wir wollen mehr internationale Politik von Frauen und mehr internationale Politik für Frauen. Denn sowohl Geschlechtergerechtigkeit als auch der Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten sowie ihre gleichberechtigte Mitwirkung an Friedensprozessen tragen in erheblichem Maße dazu bei, dass der Weltfrieden und die internationale Sicherheit gewahrt und gefördert werden. Darum wollen wir sicherstellen, dass die Perspektiven von Frauen und Mädchen in Friedensmissionen gleichberechtigt vertreten werden. Auch wollen wir zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich für Gleichberechtigung und die Rechte marginalisierter Gruppen einsetzen, stärker schützen, unterstützen und ihre Zusammenarbeit über staatliche Grenzen hinweg fördern.
- In den meisten Fällen sitzen nach einem kriegerischen Konflikt allein die Kriegsparteien am Verhandlungstisch, um die Nachkriegsordnung und die Zukunft aller zu gestalten. In den letzten 30 Jahren waren nur drei Prozent derjenigen, die einen Friedensvertrag unterzeichnet haben und nur neun Prozent der Verhandler*innen weiblich. Ein Friedensabkommen hält aber erwiesenermaßen länger und hat höhere Erfolgschancen, wenn Frauen und marginalisierte Gruppen aktiv beteiligt waren. Wir setzen uns dafür ein, Frauenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen verpflichtend als Expert*innen für die Menschenrechtssituation in Krisen- und Konfliktländern anzuhören und ihnen gleichberechtigt einen festen Platz am Verhandlungstisch zu geben.
- 141 Verhandlungen müssen so gestaltet werden, dass marginalisierte Gruppen tatsächlich teilhaben
- können. Nationale und lokale Aussöhnungs- und Aufarbeitungsprozesse wie
 Wahrheitskommissionen müssen durch internationale Zusammenarbeit stärker unterstützt und
 gefördert werden. Die Rolle von Frauenrechtsaktivist*innen für Aussöhnung und
 Demokratisierung in Post-Konfliktkontexten wollen wir stärken.
- Bei den Partnern vor Ort müssen die Friedensmissionen mit Nachdruck darauf hinwirken, dass Frauen in allen Phasen eingebunden sind. Auch dadurch bekommt die Rolle von Frauen in Konflikten einen anderen Stellenwert; Frauen erhalten vor Ort die Möglichkeit, an Konfliktlösungen mitzuarbeiten. Auf Ebene der Europäischen Union fordern wir außerdem einen stehenden Pool an Expert*innen, der mindestens zur Hälfte aus Frauen besteht und in Krisen schnell und unkompliziert mit Jurist*innen, Mediator*innen und Polizist*innen aushelfen kann.
- Wir wollen mehr Frauen in der zivilen Krisenprävention und den Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Gerade in Bereichen wie dem militärischen, in denen patriarchale Machtstrukturen und Männlichkeitsbilder immer wieder vorkommen und im Ernstfall Waffengewalt
- angewendet wird, ist es wichtig zu verstehen, was für Auswirkungen dies auf
 Geschlechterrollen und Dominanzverhalten hat. Wir setzen uns daher für entsprechende

- Fortbildungen und unabhängige Meldestrukturen für sexistische und rassistische Übergriffe oder sexualisierte Gewalt ein. Wir wollen dafür sorgen, dass bei Reformen von
- 160 Sicherheitssektoren die besondere Situation von Frauen und Mädchen bedacht wird und Frauen 161 gleichberechtigt an diesen Prozessen teilhaben können.
- 162 Damit sich Deutschland in der Welt glaubhaft für eine feministische Außenpolitik einsetzen
- 163 kann, muss es bei sich selber anfangen und beispielsweise auch mehr Frauen aufs
- internationale Parkett schicken. Nur ein Bruchteil aller deutschen Botschaften werden von
- 165 Frauen geleitet, im Auswärtigen Amt, Verteidigungsministerium und Ministerium für
- 166 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung arbeiten deutlich weniger Frauen als Männer,
- 167 insbesondere in den Führungsetagen. Das muss sich ändern. Zudem wollen wir die
- 168 querschnittsmäßige Verankerung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 und ihrer
- 169 Folgeresolutionen vorantreiben und ihnen insgesamt einen höheren Stellenwert in den
- 170 Ministerien geben. Wir wollen das Gender-Mainstreaming verstärken und Personal auf allen
- 171 Ebenen der Ministerien paritätisch besetzen. Zudem setzen wir uns für eine gerechte und
- 172 gleichwertige Repräsentation von Frauen in internationalen Organisationen ein.
- 173 Um strukturelle Diskriminierung abzubauen, müssen unterschiedliche Perspektiven auch in den
- 174 Ministerien berücksichtigt werden, etwa durch Diversity-Konzepte, indem Mitarbeitende
- 175 sensibilisiert werden und unterschiedliche Gruppen gezielt durch Mentoringprogramme
- angesprochen und gefördert werden. Frauen müssen gleichberechtigt gefördert werden und der
- 177 diplomatische Dienst und die Bundeswehr müssen mehr dafür tun, dass alle den Beruf besser 178 mit ihrer Familie vereinen können.

179 Zugang zu Ressourcen verbessern

- 180 Ein weiteres Schlüsselelement für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung ist die
- 181 wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen. Diese wollen wir im Rahmen der
- 182 Entwicklungszusammenarbeit fördern und sicherstellen, dass Frauen und marginalisierte
- 183 Gruppen unter gleichwertigen, gerechten und menschenwürdigen Bedingungen arbeiten und alle
- 184 Menschen auch im ländlichen Raum und der Landwirtschaft gleichberechtigt werden. Dazu gehört
- gerechter Zugang zu Landeigentum und Produktionsmitteln und ein geschlechtergerechtes Erbrecht.
- 187 Damit es gar nicht erst zu Kriegen und Krisen kommt, müssen Konflikte frühzeitig erkannt,
- 188 bearbeitet und entschärft werden. Dazu ist es zwingend notwendig das Versprechen
- 189 einzuhalten, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
- 190 einzusetzen. Der Einsatz dieser Gelder muss jedoch deutlich geschlechtergerechter als
- 191 bislang erfolgen.
- 192 Die Förderung von Vorhaben, die vor allem die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit zum
- 193 Ziel haben, muss deutlich ausgebaut werden. Beispielsweise kann zunehmendem Wassermangel und
- 194 Dürren, von deren Auswirkungen besonders Frauen betroffen sind, mit
- 195 Ernteausfallversicherungen begegnet werden. Gleichzeitig müssen alle Vorhaben der
- 196 Entwicklungszusammenarbeit sowie der humanitären Hilfe im Sinne des Gendermainstreamings

197 geschlechtsspezifische Bedarfe und Herausforderungen mit berücksichtigen und in dieser 198 Hinsicht regelmäßig evaluiert und angepasst werden.

199 Frauen und marginalisierte Gruppen auf der Flucht schützen

Etwa die Hälfte aller Menschen auf der Flucht sind Frauen und Mädchen. Ihre Fluchtgründe können geschlechtsspezifisch sein. Sowohl die Genfer Flüchtlingskonvention als auch das deutsche Asylrecht erkennen geschlechtsspezifische Verfolgung als Verfolgungsgrund an. Das heißt die Geschlechtszugehörigkeit oder die sexuelle Orientierung stellen den Grund für die Verfolgung dar oder bestimmen die Art der Verfolgung. Darunter fällt sexualisierte Gewalt, die im Kontext von Gewaltkonflikten als Kriegsmittel gegen Frauen eingesetzt wird, oder auch, wenn Frauen grundlegende Rechte verweigert werden. Hierzu zählt beispielsweise das Recht darauf, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, das Recht auf Religionsausübung oder

208 das Recht auf Zugang zu Bildungseinrichtungen. Auch wenn der Großteil der Geflüchteten in 209 den Grenzregionen ihrer Heimat bleibt, begeben sich manche auf weitere Wege.

Viele Formen von Gewalt, vor denen Frauen fliehen, begegnen ihnen auch auf der Flucht: Auf Fluchtrouten, in Transitstaaten aber auch in Geflüchtetenunterkünften in Europa sind viele Frauen geschlechterspezifischer und sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Dabei tragen Frauen auf der Flucht häufig auch die Verantwortung für mitfliehende Kinder. Daher ist es zentral, dass es in allen Unterkünften für Geflüchtete Schutzräume und Schutzkonzepte sowie psychosoziale und gesundheitliche Betreuung für Frauen und marginalisierte Gruppen gibt.

Die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit muss ausreichend Projekte finanzieren, die Frauen, Kinder und andere vulnerable Gruppen vor Gewalt schützen, ihre Selbsthilfekompetenzen stärken und gesellschaftlich über das Thema sexualisierte Gewalt aufklären. Es darf keine Kooperationen mit autoritären Regimen geben, die Flucht und Migration verhindern wollen. Frauen und Mädchen, die häufig ohnehin weniger Möglichkeiten zu Flucht und Migration haben als Männer, leiden besonders unter den Abschottungstendenzen. Statt den Flüchtlingsschutz zunehmend vor die Tore Europas auszulagern, braucht es sichere Wege, gerade für besonders vulnerable Gruppen, wie Frauen, Mädchen und LGBTIQ*.

Nicht nur das Sonderkontingent der baden-württembergischen Landesregierung für besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder aus dem Nordirak zeigt, wie wichtig Aufnahmekontingente sein können. Auch der Familiennachzug und das Resettlement-Programm des UNHCR können Frauen

und Mädchen vor den geschlechtsspezifischen Gefahren auf der Flucht bewahren und helfen dabei, jene zu identifizieren, die besonders schutzbedürftig sind

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragsteller*innen

Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Gesine Agena (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Frithjof Schmidt (KV Bochum); Luise Amtsberg (KV Kiel); Jamila Schäfer (München KV);

Katja Keul (Nienburg KV); Margarete Bause (KV München); Ssaman Mardi (KV Regensburg-Stadt); Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Juliana Wimmer (Berlin-Kreisfrei KV); Ricarda Lang (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Silke Gebel (KV Berlin-Mitte); Sara Nanni (KV Düsseldorf); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Jennifer Trunk (KV Frankfurt); Hasret Karacuban (KV Köln); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Pegah Edalatian-Schahriari (KV Düsseldorf); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.